

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Schirmherrin:

Andrea Fischer, Bundesgesundheitsministerin a. D.

BPE e.V. , Wittener Str. 87, 44789 Bochum

**An die Fraktionsvorsitzenden der
CDU/CSU
SPD
Bündnis 90-Die Grünen,
FDP
Die Linke
Platz der Republik 1
11011 Berlin**

10.07.2007

Betr.: Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Drucksache 16/4945

Bekämpfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Kauder!

Sehr geehrter Herr Dr. Struck!

Sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle!

Sehr geehrter Frau Künast!

Sehr geehrter Herr Gysi!

Der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener sieht mit großer Sorge, dass insbesondere nach Hartz IV und der zunehmenden Verarmung, für viele seiner Mitglieder die Gefahr der Obdachlosigkeit besteht, da wir die Mieten nicht mehr bezahlen können und wir den öffentlich geförderten Wohnraum nicht nutzen können. Dies hat vor allem drei Gründe:

1. Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften verschließen sich immer mehr Menschen mit Auffälligkeiten und Handicaps
2. Wohnbaugesellschaften verlangen, neben der üblichen Kautions eine Einsicht in die Schufa-Unterlagen. Sind Schufa-Einträge vorhanden, bekommen Menschen in Notlagen keinen Wohnraum im öffentlichen sozialen Wohnbauprogramm.
3. Mit großer Sorge und Beklemmung sehen wir die Entwicklung, dass der öffentlich geförderte Wohnbaugesellschaften privatisiert werden.

Der Bundesverband Psychiatrie – Erfahrener weist auf den Begriff der vertreibender Hilfe hin. Bei Kommunen in der Nähe von großen Ballungszentren besteht die Praxis, bei entstehender Obdachlosigkeit eine Notunterkunft zu gewähren. Diese Notunterkünfte sind oft dermaßen mangelhaft und unwürdig, dass die Personen in den nächsten Ballungsraum abwandern, in der Hoffnung auf eine bessere Unterkunft. So entsteht eine Nichtsesshaftigkeit und ein unwürdiges Hin- und Hergeschiebe des Menschen in Not. Der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener weist darauf hin, dass 60 – 80 % der Nichtsesshaften als Ersterkrankung eine psychische Erkrankung haben. Durch eine kurzfristig und scheinbar kostengünstige kommunale Vermietungspraxis entsteht so ein oft wesentlich höherer Hilfebedarf. Oft

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

wären wesentlich erhöhte Hilfebedarfe durch ~~niederschwellige~~ Assistenzformen im öffentlichen Wohnraum zu vermeiden.

Der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener fordert

- Menschenwürdige Notunterkünfte und genau definierte Wohnungsbedingungen, keine vertreibende Hilfe.
- Besonderer Schutz für Frauen und Alleinerziehende.
- Aufnahme der Themen Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und Nichtsesshaftigkeit in Deutschland in die Armutsberichtserstattung der Bundesrepublik Deutschland.
- Aufnahme des Rechtes auf menschenwürdigen, genau definierten Wohnraum in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Wir fordern das Recht auf Wohnen in der eigenen Gemeinde, falls nötig mit ambulanten Assistenzformen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Laupichler

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Sprecher für den Bereich Wohnen und Heime